

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842

Bezirks-Anzeiger

68. Jahrgang

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Aöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köhler in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. Köhler in Frankenberg i. Sa.

Erstein an jedem **Wochentag** abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 M 50 A, monatlich 50 A. Einzelnummern laufenden Monats 5 A, früherer Monats 10 A. **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Voten und Ausgabebestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Wahlbedingungen sind rechtzeitig auszugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetermins. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. **51. Telegramme:** Tageblatt Frankenberg.

Anzeigenpreis: Die 4-gesp. Zeile ober deren Raum 16 A, bei Lokal-Anzeigen 12 A; im amtlichen Teil pro Zeile 40 A; "Eingeladene" im Redaktionsbüro 25 A. Für schwierigen und tabellarischen Satz Ausschlag, für Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Annahme werden 25 A Zeilengebühr berechnet. **Inseraten-Nachnahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Kirchenvorstandssitzung Montag, den 23. August 1909, nachmittags 3 Uhr.

Zigarren und Bier.

Der Zeitpunkt für die Durchführung der Reichsfinanzreform war ungünstig gewählt, oder da angesichts der dringenden Notwendigkeit der Sanierung der Reichsfinanzen von einer freien Wahl des Termins nicht gut gesprochen werden kann, so muß man richtiger sagen: Es war das Best der Verbündeten Regierungen, wie das des deutschen steuerzahlenden Volkes, daß die Notwendigkeit der Finanzreform zu einer Zeit sich unabwiesbar geltend machte, als aus verschiedenen Gründen Schonung der Steuerzahler angezeigt erschien.

Wir sahen mitten drin in einer höchst unerfreulichen wirtschaftlichen Konjunktur, als die 500 Millionen-Forderung an den Reichstag gelangte. Alle Anzeichen sprachen auch dafür, daß eine Besserung in absehbarer Zeit nicht eintreten würde. Diese Anzeichen haben auch nicht getrogen, denn der schleppende Geschäftsgang in unserem Erwerbsleben hat angehalten bis auf den heutigen Tag. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt macht sich sogar noch ein recht empfindlicher Rückschlag gegenüber den Frühjahr- und ersten Sommermonaten bemerkbar. Dazu verpricht die verspätete Ernte nur einen mittelmäßigen Ertrag. Die Lebensmittel sind weiter im Preise gestiegen, Weizen und Brotgetreide hat einen beispiellosen Preisstand erreicht.

Alle diese Erscheinungen wirken auf eine gereizte Stimmung hin, die sich angesichts der Preissteigerung für Tabak und Bier, diese bedenklichen Befürchtungen menschlichen Unmuts, bisweilen in recht bedauerlichen Unmittelbarkeiten Luft macht. Die Tabakfabriken und -Handlungen haben im großen und ganzen unter der öffentlichen Mißstimmung weniger zu leiden, da sie in der Regel nur den nachweisbar durch die Steuer bedingten Preiszuschlag erheben, trotzdem auch sie mit einem Konsumrückgang rechnen. Die Raucher Deutschlands haben sich ja ausnahmslos mit so großen Vorkräften versehen, daß die Preissteigerung in der Zigarren-Industrie zunächst noch praktisch wenig zur Geltung kommt. Die beliebtesten Marken waren in den Geschäften vielfach total ausverkauft. Hier herrscht also einwillen noch Ruhe.

Auf dem Gebiet der Brauereien und des Bierauschanks herrscht dagegen vielerorts der Kriegszustand. Den Brauereien ist auf Heller und Pfennig nachgerechnet worden, daß sie die neue Steuerlast durch eine Preissteigerung von 2,50 bis höchstens 3 Mark pro Hektoliter vollständig auf den Konsumenten abwälzen; die süddeutschen Brauereien können sich sogar mit einem geringeren Zuschlag begnügen. Zunächst sind es die Gastwirte, die in zahlreichen Städten des Deutschen Reiches in Konflikt mit den Brauereien geraten sind. Sie sind äußersten Falles zu einer Mehrzahlung von 3 Mark für das Hektoliter Lagerbier bereit und weigern sich entschieden, auch nur einen Pfennig darüber hinaus zu zahlen. Die Konsumenten sind ebenso wenig geneigt, einen übermäßigen Preiszuschlag ruhig hinzunehmen und haben bereits in vielen Orten (auch in Chemnitz) zur Waffe der Boykottierung der Preissteigerer gegriffen.

Die Bierpreisfrage für Frankenberg und Umgebung

Ist gelöst und auch die Konsumenten, die ja anerkennen, daß die Wirte zu einer Erhöhung gezwungen sind, dürften mit der Lösung zufrieden sein. In einer starkbesetzten Versammlung der Gastwirte am Donnerstag ist beschlossen worden, die bisherigen Preise beizubehalten, jedoch die Gläser um 1/10 Liter zu verkleinern. Nach Lage der Sache muß man dies als die beste Gelegenheit der Bierpreisfrage betrachten. Die Veränderung tritt am 1. September in Kraft. Ueber die betreffende Versammlung wird uns berichtet:

Die jetzt vielfach erörterte Frage: "Wie werden sich für Frankenberg nach dem neuen Steueranschlag die Ausschankpreise für Bier stellen?" hat durch eine gestern im Saale der "Hochschule" von sämtlichen geladenen Gastwirten und Brauereibesitzern von Frankenberg und Umgebung besuchte Versammlung Klärung erhalten. Obwohl sich die Wirte gesträubt haben, künftig für das Bier einen beträchtlich erhöhten Zuschlag zu zahlen, so mußten sie doch der Forderung der Brauereien nachgeben, die erklärten, daß ein Zuschlag von 3 Mark auf Lager- und Böhmisch, sowie 1,50 Mark auf Einfach das Mindeste sei; daß ferner diese Mehrforderung durch die von den stetig steigenden Preisen der Rohmaterialien, Kohlen, Arbeitslöhne usw. bedingte Erhöhung ihrer Regierkosten gerechtfertigt würde und daß sie mit dem Zuschlag in genannter Höhe hinter anderen Brauereien zurückblieben. Daß dieses "Neue" nicht von den Wirten getragen werden soll und kann, zumal diese doch schon seit 3 Jahren 1 Mark für den Hektoliter ohne jede Gegenleistung mehr bezahlt haben, wird jeder Biertrinker einsehen, zumal gerade das Gastwirtsberufes ziemlich von allen neuen Konsumsteuern schwer getroffen und dadurch wieder eine erhöhte Belastung der Schankbetriebe herbeigeführt wird.

Um nun einen möglichst gerechten Ausschlag eintreten zu lassen und um eine unbillige Pfennigrechnung zu vermeiden, hat die Versammlung beschlossen, die jetzt gezahlten üblichen Bierpreise beibehalten zu lassen, nur mit dem Unterschiede, daß der Ausschank nicht wie bisher in 0,4 bez. 0,25 Liter-Gläsern erfolgt. Die Preise für den Straßenerwerb erhöhen sich dementsprechend. Die Versammlung glaubt damit jedenfalls ganz richtig, dadurch dem Publikum entgegenzukommen. Der beschriebene, durch Beibehaltung der alten Gläser nach oben abgerundete Ausschlag tritt nicht ein. Den Wirten kann nicht zum Vorwurf gemacht werden, aus dem beschlossenen Ausschlag ein Geschäft machen zu wollen, vielmehr wünschen gerade diese, daß sich der Übergang in die neue "Bier-Aera" in aller Ruhe vollziehen möge. Hoffentlich bleibt nun einmal für längere Zeit das Gastwirtsberufes vor einer so summativen Steuerkatastrophe verschont, damit sich dieser nicht leichte Erwerbszweig auch wieder in geordnete Bahnen lenkt und auch fernerhin lebensfähig bleibt.

Oertliches und Sächsisches.

Frankenberg, 20. August 1909.

Die Schwalben rücken.

Die Schwalben, unsere traulichen Hausgenossen mit der weißen Brust und dem ziegelroten Kehlen, bereiten sich mit Eifer zur Abreise vor, nachdem uns die Rauch- oder Wanderschwalben, die mit hellem Schrei Lärme, Gebälge und Klauen umfliegen, uns bereits verlassen haben. Scharenweise halten sie auf Dächern, Kirchenstufen und Telegraphendrähten bei fröhlichem Geklapper ihre Versammlungen ab, bei denen besonders die jungen Schwalben unser Interesse erwecken, da sie den "Alten" eifrig lauschen, was beraten wird. Täglich werden Flugversuche unternommen, und nur wenige Tage noch, dann treten sie die große Reise nach dem Süden an. Wie auf Kommando, die Führerin an der Spitze, erhebt sich Schwarm für Schwarm und bald ist auch der letzte davon geeilt. Wehmüt erregt uns, wenn wir die Schwalben von uns ziehen sehen, denn mit ihnen geht der Sommer dahin, die Blätter fangen an zu welken und rauhe Stürme ziehen gar bald nun über lahle Felder. Voller Sehnsucht denken wir zurück an die vergangenen Tage —, ist's aber erst von neuem wieder Frühling, dann kehren die Segler der Lüfte wieder in die alte Heimat, zu den deutschen Gefilden zurück, ebenso herzlich von uns begrüßt, wie wir ihr Scheiden mit dem Wunsch begleiten, daß ihre ferne Reise eine glückliche sei und sie von allem Ungemach und Verd. vor verderbbringenden Regnen und tödlichem Wei verschont bleiben mögen.

† **Zur Erwerbung des Bürgerrechts** fordert der Arbeitsausschuß nationaler Arbeiter- und Gehilfenorganisationen im Angelegenheit dieser Nummer auf. Jeder Einwohner sollte in seinem eigenen Interesse das Bürgerrecht erwerben, falls er die Bedingungen hierzu erfüllt (mindestens 3 Mark direkte Staatssteuer, zweijährigen Wohnsitz am Orte, 25 Jahre alt). Das Bürgerrecht bringt mannigfache Vorteile, vor allem auch die Berechtigung zur Teilnahme an der Stadtverordnetenwahl! Die Frist zur Anmeldung im Rathaus (Rathhaus Nr. 7) läuft nur noch bis zum 24. August. Es sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß jeder, der über drei Jahre in Orte wohnt und mindestens 9 Mark direkte Staatssteuer entrichtet, zur Bürgerrechts-erwerbung verpflichtet ist und Bestrafung zu erwarten hat, falls er die Anmeldung unterläßt!

† **Saalinhaber-Verband.** Am Mittwoch trat in Zwickau der Landesverband der Saalinhaber im Königreich Sachsen zu seinem sechsten Verbandstage zusammen, der aus dem ganzen Königreiche zahlreich besucht ist. Die Tagung wurde eingeleitet mit einer Delegiertenversammlung unter Leitung des Verbandsvorsitzenden Gustav Freytag-Dresden. Dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht ist zu entnehmen: Das verfloffene Geschäftsjahr stand unter dem Zeichen großer Beinträchtigung, hervorgerufen durch die Reichsfinanzreformvorlage mit ihren dem Wirtstand zugehörigen Steuerbelastungen. Auch die allgemein ungünstigen Erwerbsverhältnisse des Landes haben den ohnehin schon geringen Beerdienst ganz beträchtlich beeinträchtigt. Demnach soll eine Verbandssteuerbeschlusse ins Leben gerufen werden. Eine längere Aussprache knüpfte sich an die für die heutige Hauptversammlung bestimmten Anträge. Der Antrag Chemnitz, an den Landtag eine erneute Eingabe in Sachen der Tangentenerweiterung zu richten und wegen Abkürzung der geschlossenen Zeit vor Ostern sich gleichfalls an den Landtag zu wenden und an die Landtagsabgeordneten die Frage zu stellen, ob sie beide Eingaben unterstützen wollen, wurde in veränderter Form zur Annahme empfohlen. — Am Abend fand im Deutschen Hause ein Begegnungsabend statt, auf dem die

städtischen Behörden durch Oberbürgermeister Reil vertreten waren.

— **Chemnitz.** Der Verein der Gast- und Schankwirte hielt gestern eine Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende in seinem Referat zu dem Resultat kam, daß die Durchführung des jetzt von den Brauereien angeforderten Bierpreis-Ausschlages nicht möglich sei. Die umfangreiche Aussprache ergab allseitige Zustimmung zu den Ausführungen des Redners. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, laut welcher die Versammlung den Standpunkt des Brauereiverbands nicht billigt und den angeforderten Ausschlag ablehnt. Die Resolution weist ferner auf die wirtschaftliche Notlage hin, die es unbillig mache, mit einem zu hohen Bierpreisausschlag an die Gäste heranzutreten. Die Versammlung erblickt in der angeforderten Erhöhung einen vollständigen Ruin ihrer Existenz und erwartet, daß der Brauereiverband den Ausschlag anderweit festsetze.

— **Chemnitz.** Die an der Gustav Adolf-Strasse wohnhaft gewesene Schachtmeisterbefrau, welche sich am vorigen Sonnabend beim Feuerarmachen mit Petroleum mit ihrem 4 Monate alten Kinde, das bereits in der Nacht zum Dienstag gestorben ist, erheblich verbrannte, ist ebenfalls ihren schweren Leiden erlegen.

— **Dresden.** In den Straßen der Stadt begegnet man jetzt täglich Kollischuhläufern. Die Polizei läßt ihnen volle Freiheit. — Seinen 80. Geburtstag begeht am 23. August d. J. der bekannte Nationalökonom und Sozialpolitiker Karl Viktor Böhmert, geboren 1829 in Düstzig bei Leipzig. Er war von 1866 bis 1875 Professor am Polytechnikum in Zürich, hierauf an der technischen Hochschule in Dresden. Eine Fülle von größeren und kleineren sozialwissenschaftlichen Arbeiten ist aus seiner Feder geflossen. Am bekanntesten wurde er durch seine praktische Mitarbeit für Arbeiterwohl und Armenpflege, die er auch nach seiner Pensionierung fortgesetzt hat.

— **Döbeln.** Auf dem Rittergut Oberwuschwitz verunglückte der Arbeiter Wendel dadurch tödlich, daß ihn beim Einschleppen eines Erntewagens in die Scheune die seitwärts schlagende Deichsel an die Wand stieß, wodurch ihm der Brustkorb eingedrückt wurde.

— **Leipzig.** Im benachbarten Förschendorf war die noch im rüstigsten Lebensalter stehende Frau Hermine Schrotz, die in Gesellschaft ihres Ehemannes an der verhängnisvollen schiff. Kriegsjahrt nach Weg teilgenommen hatte, erkrankt und am Mittwoch ebenfalls gestorben. Es ist dies das zehnte Opfer, das der Tod aus dem Teilnehmerkreis der Fahrt gefordert hat. Von den 18 Beteiligten, aus Leipzig ist noch eine andere Dame schwer erkrankt, sie soll sich aber außer Lebensgefahr befinden. Bei weiteren drei Teilnehmern, die aber Unwohlsein klagten, haben sich weitere Folgen nicht gezeigt.

— **Leipzig.** Das Projekt der Errichtung eines Elektrizitätswerkes für Leipzig-Land ist in der letzten Zeit wiederholt ventilert worden. In diesen Tagen fand eine Versammlung der Gemeindevertreter der hauptsächlichsten hierfür in Betracht kommenden Ortschaften statt. Hierbei wurde, wie die "Leipz. R. N." melden, folgendes erwählt: Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft berechnet die Baukosten mit 1,175 000 Mk., die Siemens-Schuckert-Werke fordern 2,000 000 Mk., die Firma Lahmeyer hat einen Kostenschlag mit 1,600 000 Mk., die Firma Böge mit 1,200 000 Mk., das Sachsenwerk mit 1,330 000 Mk. aufgestellt. Die Stromlieferung berechnet die Firma Lahmeyer mit 11 Pfg., die Firma Böge mit 10,5 Pfg., das Sachsenwerk mit 10 Pfg., die Kohlenwerke in Kulkow mit 9 bezw. 8 Pfg. pro Kilowattstunde. Die Stadt Leipzig hat die Lieferung des Stromes für 12 Pfg. in Aussicht gestellt unter der Voraussetzung, daß die Konsumenten ihn nicht billiger, wie die in Leipzig bekommen. Die Gemeinden werden voraussichtlich den Bau des Elektrizitätswerkes einer Privatgesellschaft übertragen und das Leitungsnetz selbst herstellen lassen.

— **Leipzig.** Das Beibehalten des Leipziger Bäckers, die berühmte Gose, wird nunmehr aus den meisten Leipziger Sälen, in denen sie bisher in wahren Batterien angefahren wurde, verschwinden. Schuld daran ist natürlich die Biersteuer, die den Verein der Saal- und Konzentrationen der Gose vor die Wahl stellte, den Preis für die Gose von 30 auf 35 Pfg. zu erhöhen, oder sie überhaupt nicht mehr in den Sälen zu verkaufen. Die Gose soll künftig nur noch in den Gastzimmern zum Ausschank gelangen und zwar nicht unter 35 Pfg.

— **Leipzig.** Beim Wasserleitungsbau der Gemeinde Bernsdorf explodierte im angulegenden Stollen eine beim